

Radio-SRF. Ich höre Zeit mit Matthias Kündig.

Und das beschäftigt uns am Donnerstag, dem 20. Juli.

Nach der Drohung Russlands gegen sämtliche Schiffe, die die Ukraine ansteuern, was kann die Ukraine tun und wie wahrscheinlich ist es, dass Russland tatsächlich Getreide Schiffe angreift?

Wir ordnen ein.

In den Niederlanden kommt politisch einiges in Bewegung.

EU-Kommissar Franz Timmermans will Nachfolger von Premierminister Marc Rütte werden und kehrt nach Den Haag zurück.

Ägypten lässt einige politische Gefangene frei.

Was das mit den Hilfskrediten des internationalen Währungsfonds zu tun hat, erörtern wir mit unserem Korrespondenten.

Und der Kanton Genf hat das Rauchen in der Öffentlichkeit weiter eingeschränkt.

Andere Kantone wollen nachziehen.

Aus medizinischer Sicht eine gute Entwicklung.

Aber man muss eben auch aufpassen, dass man nicht das Rauchen, was ja doch eine lange Kulturgeschichte hat, dass man das nicht zusätzlich stigmatisiert.

Sagt der Philosoph und Psychoanalytiker Peter Schneider.

Im Echo der Zeit.

Wir beginnen heute mit der Nachrichtenübersicht des Tages von Thomas Fuchs.

Wegen einer angekündigten Koranverbrennung in Stockholm sind die Beziehungen zwischen Schweden und Irak angespannt.

Irak hat angeordnet, die schwedische Botschafterin auszuweisen.

Gleichzeitig holt das Land den eigenen Botschafter aus der schwedischen Hauptstadt Stockholm zurück.

Hintergrund ist, dass die schwedische Polizei gestern erneute eine Kundgebung genehmigt hatte, bei der eine Koranverbrennung geplant war.

Dies führte auch dazu, dass vergangene Nachtdemonstrierende die schwedische Botschafterin Bagdad stürmten.

Zur erneuten Verbrennung eines Korans ist es bisher nicht gekommen vor der Irakischen Botschaft in Stockholm.

Traten aber zwei Männer die heilige Schrift des Islam mit Füßen.

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell fordert mehr Militärhilfe für die Ukraine wegen der russischen Angriffe auf ukrainische Häfen am Schwarzen Meer.

Dort würden Getreide Vorräte zerstört, was in anderen Teilen der Welt eine Nahrungsmittelkrise verursachen wäre.

Das sagte Borrell am Rand eines Treffens der EU-Außenministerinnen und Minister in Brüssel.

Tausende Oberärztinnen und Ärzte in Großbritannien haben mit einem zweitägigen Streik begonnen.

Sie fordern bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Es handelt sich um den Jüngsten in einer Reihe

von Streiks im öffentlichen Sektor.
Bereits zuvor hatten auch Pflegefachkräfte,
Sanitäter und Assistenzärztinnen in Großbritannien
ihre Arbeit temporär niedergelegt.
Auch Arbeitnehmende aus dem Transportsektor,
den Bildungswesen und der Post beteiligten sich am Streik.
Grund sind die steigenden Lebenshaltungskosten
in Großbritannien und die Inflation.
Nun zu einem Thema zur Sommerferienzeit.
Wer in Europa mit dem Zug reist,
muss im Durchschnitt doppelt so viel bezahlen wie mit dem Flugzeug.
Zu diesem Schluss kommt die Umweltschutzorganisation Greenpeace.
Greenpeace hat europaweit 112 Strecken analysiert
und schreibt auf mehr als 2 Dritteln der Strecken
sei die Reise mit dem Flugzeug günstiger als mit dem Zug.
Für die Schweiz wurden sieben Strecken untersucht,
unter anderem Basel-Zagreb, Zürich-Wien und Genf-Paris.
Im Durchschnitt kosteten die Zugfahrten 70% mehr als Flüge.
Es gab aber auch Strecken, bei denen die Zugfahrten günstiger waren,
zum Beispiel zwischen Zürich und Berlin.
Knapp 13 Millionen Franken musste der Bund letztes Jahr ausgeben
für Schäden, die die Armee verursacht hat,
oder die im Zusammenhang mit Fahrzeugen des Bundes entstanden sind.
Auch dem Verteidigungsdepartement VBS
kostete etwa Personen Schäden bei Zivilisten den Bund 650.000 Franken.
Schäden an fremden Fahrzeugen knapp 1,4 Millionen Franken
und Land- und Sachschäden über 1,6 Millionen.
Der Großteil der Schadenssumme sei am Armeefahrzeugen entstanden.
Zum Sport an der Fußball-WM der Frauen in Neuseeland und Australien
hat Australien ihr Land geschlagen mit 1 zu 0
und Neuseeland gewann gegen Norwegen ebenfalls 1 zu 0.
Die Schweizerinnen bestreiten ihr erstes Gruppenspiel morgen gegen die Philippinen.
Und Radsport an der Tour de France hat der Däne Kasper Aspin
die 18. Etappe nach Bouchon Press gewonnen.
Im Gesamtklassement führt weiterhin der Däne Kasper Jonas Wingerdott.
Die Bersendaten von 18.04 geliefert von 6.
Der SS-Market in Deck schließt bei 11.202 Punkten plus 0,7%.
Der Dow Jones-Index in New York steigt um 0,8%.
Der Euro wird zu 96,53 gehandelt.
Der Dollar zu 86,71.
Und wie geht es weiter mit dem Sommerwetter, Thomas Fox?
Am Abend ist es ziemlich sonig.
Nur im Tessin und in Graubünden bilden sich örtliche Schauer.
Morgen wechseln sich Sonige und bewölkte Phasen ab

und dort gibt es Regengüsse und Gewitter.
Es wird aber nicht fleckhindeckend nass.
Die Höchstwerte liegen zwischen 23 und 27 Grad.
Die Drohung Russlands ist unmissverständlich.
Sämtliche Schiffe, die Kurs nehmen,
auf die Schwarzmehrheben der Ukraine,
gelten ab sofort als militärische Ziele.
Und die Staaten, unter denen diese Schiffe registriert sein,
würden fortan als Kriegsgegner betrachtet.
Hintergrund ist die Aufkündigung des Getreideabkommens
durch Russland vor wenigen Tagen.
Dieses hatte während eines Jahres die sichere Passage
von Getreidelieferungen von ukrainischen Häfen
durch Schwarze Meer garantiert.
Wie weiter?
Darüber habe ich mit Fredrik Steide gesprochen,
der sich bei Radio SRF mit internationaler Sicherheitspolitik befasst.
Er hat mir zunächst erklärt,
wie die russischen Drohungen völkerrechtlich einzuordnen sind.
Das Völkerrecht ist, was Getreideexporte generell
zu viele Warenlieferungen betrifft, ganz auf der ukrainischen Seite.
Die Freiheit der Navigation, die Freiheit der Meere,
ist im Völkerrecht ein sehr hohes Gut.
Die Ukraine braucht überhaupt keine Erlaubnis
von Russland für Getreideexporte.
Zumal russische Hoheitsgewässer ja gar nicht berührt sind.
Die Verschiffung geht durch ukrainische und durch internationale Gewässer.
Und auch wenn Russland nun im Zusammenhang
mit der Kündigung des Getreideabkommens sagt,
es gebe nun keine Sicherheitsgarantien mehr ab,
dann ist das eine zynische Ausdrucksweise.
Es braucht keine russischen Sicherheitsgarantien.
Es braucht nur, dass Russland die Getreideschiffe in Ruhe lässt.
Die Ukraine hat ja angekündigt,
auch ohne russische Garantien weiter Getreide
über die Route über Schwarze Meer zu liefern.
Wie realistisch ist das?
Grundsätzlich darf und kann die Ukraine das natürlich tun.
Unallerdings besteht ein Risiko,
da Russland ja offen damit droht,
dass Getreideschiffe, egal unter welcher Flagge sie verkehren,
meist ist das nicht die ukrainische Flagge,
dass sie solche Getreideschiffe als feindlich betrachtet.
Das heißt, bereit ist sie allenfalls anzugreifen.

Das bedeutet, die Ukraine braucht Redereien,
die bereit sind, dieses Risiko einzugehen.
Es braucht Versicherungen, die bereit sind,
Schiffe und Fracht zu versichern.
Der ukrainische Präsident Zelensky sagt,
was mir doch sehr optimistisch scheint,
es seien etliche Redereien dazu bereit.
Sicher ist, selbst wenn sie bereit sind,
die Räder dieses Risiko einzugehen,
dann verteuert das natürlich den Export massiv.
Es gibt Risikoprämien für die Besatzungen zu bezahlen.
Es erhöht die Versicherungsprämien massiv,
beispielsweise um 50.000 bis 100.000 Dollar pro Fahrt.
Selbst wenn man es macht, wird es teurer.
Schauen wir uns die andere Seite in diesem Konflikt an.
Wie wahrscheinlich ist es,
dass Russland zivile Schiffe mit Getreide angreift?
Ihre Skrupellosigkeit hat die russische Erfahrung
in diesem Krieg vielfach bewiesen.
Die andere Frage ist,
wie Russland seine eigenen Risiken kalkuliert.
Es sind politische Risiken,
nämlich dass auch Freunde Russlands, China beispielsweise,
sich abwenden,
dass andere Länder,
die bisher keine Sanktionen gegen Russland mittragen,
afrikanische, asiatische, lateinamerikanische Länder,
sich abwenden.
Moskau muss mit breiter Empörung rechnen,
wenn es Schiffe mit Raketen, Drohnen oder Kriegsschiffen
und Zemin angreift und versenkt,
die zum Beispiel Weizen für Ägypten oder Kenia geladen haben.
Die Getreideschiffe,
die könnten natürlich auch militärisch geschützt werden,
zum Beispiel mit Schiffen,
die die Getreideschiffe eskortieren.
Was würde das ganz konkret bedeuten?
Man kann natürlich Schutzvorkehrungen vorsehen,
aber die wären nie lückenlos
und sie wären vor allem enorm aufwendig.
Es geht ja um hunderte oder über einen längeren Zeitraum,
gesehen gar um Tausende von Frachtschiffen.
Es ist fast unmöglich, jedes Einzelne zu eskortieren.
Mit Kriegsschiffen,

die russische Angriffe abwehren könnten.
Der Vorteil liegt hier einfach eindeutig beim Angreifer.
Er muss nur ein einziges Schiff erfolgreich angreifen,
um möglicherweise die Getreideexporte definitiv zu stoppen.
Die Verteidiger hingegen
müssen hunderte von Schiffen gleichzeitig schützen.
Dazu kommt noch das Problem mit den Samen,
von denen Russland offenbar, wie man hört,
zusätzlichen und ausgelegt hat.
Die lassen sich auch nicht allesamt räumen.
Am Horn von Afrika,
vor Somalia ist es vor rund zwölf Jahren gelungen,
mit militärischen Mitteln,
die Angriffe auf zivile Schiffe durch Piraten massiv einzudämmen.
Lies es sich das auch auf die aktuelle Situation
im Schwarzen Meer anwenden?
Ich fürchte, dass der Vergleich hinkt.
Die somalischen Piraten waren zwar auch bewaffnet
und überaus grubelos,
aber sie besaßen weder Kampfflugzeuge, Drohnen,
noch Kriegsschiffe.
Sie waren ein viel schwächerer Gegner,
als Russland das heute ist.
Am Horn von Afrika hat aufgehört,
dass man die Schiffe systematisch geschützt hat.
Damit kam das Geschäftsmodell der See-Piraten zum Erliegen.
Russland hingegen ist ein viel stärkerer Aggressor
und braucht kein funktionierendes Geschäftsmodell.
Außerdem, schon der Kampf gegen die Piraten
am Horn von Afrika kostete je nach Schätzung
sechs bis zehn Milliarden Dollar pro Jahr.
Also war sehr, sehr aufwendig.
Der Schutz der Getreideverschiffung aus der Ukraine
und der russischen Attacken wären noch viel, viel teurer.
Sagt Friedig Steiger,
beschäftigt sich bei Radio SRF
mit internationaler Sicherheitspolitik.
Sie hören sicherer Zeit auf Radio SRF
mit diesen weiteren Themen.
EU-Kommissar Franz Thimmemanns
will von der europäischen Bühne zurück
in die nationale Politik der Niederlande.
Ägyptens Präsident Assisi
besagt einige politische Gefangene

und gibt somit dem Druck von außen aber auch von innen nach.
Die Bonlios in Frankreich,
die bei der Ausschreitung beschädigten Gebäude
sollen wieder aufgebaut werden, aber reicht das?
Entscheide von Schweizer Gerichten.
Sie müssen in der Regel veröffentlicht werden.
Wir fragen, warum das bei Zwangsmaßnahmen Gerichten anders ist.
Seit sieben Jahren bereit ist
der Niederländer Franz Thimmemanns
Vizepräsident der EU-Kommission
zuletzt als EU-Klimakommissar.
Nun will er zurück in die nationale Politik seines Heimatlandes.
Der prominente Politiker hat heute angekündigt
bei den Wahlen in November
eine gemeinsame Liste der niederländischen Sozialdemokraten
und der Grünen anzuführen.
Nachdem der langjährige Regierungschef Marc Rüte
seinen Rückzug aus der Politik angekündigt hat,
ist viel Bewegung in Bewegung gekommen
am Regierungssitz in Den Haag.
Aus Brüssel, Charles Liebherr.
Ja, er wolle Premierminister der Niederlande werden,
sagte Franz Thimmemanns im öffentlichen Fernsehen NOS.
Ich will Premier werden,
omdat ich denke,
dass wir zusammen auf ein anderer manier Politik
als in den letzten Jahren sind.
Und er glaube, dass es möglich sein,
in seinem Heimatland eine andere Art Politik
als ein Vorgängerüttel zu machen.
Eine Politik, die mehr auf Zusammenarbeit setze.
Ich finde, die Zeit,
dass wir in Niederland mehr nach Katurgrohien,
in Platz von Uitlka-Grohien,
die Versplintering in der Politik,
muss worden tegengegangen werden.
Die Zerspitterung in der Politik
und in den Niederlanden ist genau umgekehrt.
20 Fraktionen zählt aktuell das Parlament.
Die Grünen und die Sozialdemokraten kommen zusammen,
nur gerade auf einen Zehntel der 150 Sitze.
Beide Parteien wollen aber ein Zeichen setzen,
gegen diese Fragmentierung anzukämpfen,
indem sie gemeinsam zur Wahl antreten.

Das sei für ihn ausschlaggebend gewesen,
in die niederländische Politik zurückzukehren, so Thimmemanns.
Viel Ungleichheit in unsere Zusammenlebung,
die muss worden bestreiten.
Und das alles bei elkaar,
können wir allein mal oplossen,
als Schauder an Schauderwerken.
Die Probleme, vor denen sein Land stehe,
seien so groß,
dass sie nur Schulter an Schulter gelöst werden könnten.
Daran krankt aktuell die niederländische Politik.
Es dauerte Monate,
bis die letzte Regierung Rütte überhaupt gebildet werden konnte.
Sie verfügte nur über eine hauchdünne Mehrheit im Parlament.
Politisch setze sie kaum etwas durch,
verwaltete nur den Status quo.
Franz Thimmemanns genießt über Parteigrenzen hinweg
große Anerkennung in den Niederlanden.
Er ist wie Rütte ein erfahrener Verhandlungsführer.
In seiner Funktion als Vizepräsident der EU-Kommission
koordinierte er maßgeblich die europäische Klima-
und Umweltpolitik.
Thimmemanns hatte dutzende,
kontroverse Gesetzespakete
gegenüber dem EU-Parlament
und dem Rat der Mitgliedstaaten zu verteidigen.
Und in nächtlichen Verhandlungen
Kompromisse auszuhandeln.
Da wirkte der geschulte Diplomat
in seinem Element
erzielte Erfolge,
die daheim seine Popularität steigerten.
Diese Fähigkeiten
werden in den Hague gefragt sein,
wenn es darum geht,
ein neues politisch breit verankertes
Regierungsbündnis zu zimmern.
Wenn Thimmemanns da eine Rolle spielen soll,
muss sein noch kleines Parteienbündnis
allerdings massiv Wellerstimmen dazugewinnen.
Nur dann kann er sein Versprechen einlösen,
die niederländische Politik
nach der Erarrütte
in eine neue Richtung zu lenken.

Nach Ägypten.
Dort hat Präsident Assisi
eine Gruppe politischer Gefangene begnadigt.
Darunter sind auch
zwei bekannte Menschenrechtsaktivisten.
Der Schritt erfolgte,
nachdem vor zwei Tagen
einige prominente Anwälte
und Menschenrechtlerinnen ankündigten,
sich auch dem
sogenannten nationalen Dialog zurückzuziehen.
In diesem Gremium
sucht das autokratische Regime
seit vergangenen Mai den Austausch
mit der Opposition.
Zudem sind in den letzten Monaten
gegen 1.000 politische Gefangene
aus ägyptischen Gefängnissen
frei gekommen.
Ich habe in Ostkorrespondent Thomas Gutherson gefragt,
ob die Begnadigungen beziehungsweise
Freilassungen ein Zeichen dafür sind,
dass das Regime von Präsident Assisi
die Zügel gegenüber der Opposition
etwas lockert.
Ich würde da vor allem auf das Wort
etwas pochen.
Ja, etwas lockern.
Ja, es ist eine Überraschung,
dass es zu solchen Begnadigungen kommt
in Ägypten, in diesem Regime.
Zumal eine der beiden
freigelassen noch am Tag zuvor zu
drei Jahren verurteilt worden war.
Diese Begnadigungen
kamen im Rahmen des nationalen Dialogs
zustande.
Da wurde von dieser Plattform angeregt,
die wurde im Mai ins Leben gerufen
und diese erlaubt auf
erstauntlicher Art und Weise
eine leise Kritik an der Regierung.
Sie ermöglicht es,
verschiedenen Figuren leise Kritik zu

üben an der Regierung und eben regt solche Begnadigungen an. Auch wenn der Handlungsspielraum dieses Dialoges, dieser Plattform, sehr, sehr begrenzt ist, denn sie untersteht immer noch den Präsidenten Assisi. Wer ist denn daran beteiligt? Naja, es ist nicht wirklich drin, was draufsteht in diesem nationalen Dialog. Der Dialog würde ja heißen, dass alle Parteien miteinander diskutieren könnten, frei Meinungen austauschen könnten, Standpunkte debattieren könnten und dem ist natürlich nicht so in Ägypten. Die Regierung bestimmt, wer damit dabei ist. Es lässt durchaus Menschenrechtsorganisation zu, auch regierungskritische Stimmen, wobei längst nicht alle, also es sind nicht alle politischen Kräfte in Ägypten jetzt bei diesem nationalen Dialog mit dabei, zum Beispiel die Muslimbrüder, die gelten nach wie vor und mit denen spricht man nicht und auch wollen nicht alle Menschenrechtsorganisation oder alle Regierungskritiker mit dabei sein, weil sie eben befürchtet, dass die Regierung hier eine Art Weißwaschen versucht, also dass die Regierung versucht, eine Art Proformadialog zu kreieren, um sich selber etwas zu legitimieren. Ich habe es bereits erwähnt, in den letzten Monaten wurden bereits 1.000 politische Gefangene begnadigt. Wie viele sitzen denn heute noch in ägyptischen Gefängnissen? 1.000, das ist tatsächlich eine bemerkenswerte Zahl, aber es muss in Relation gesetzt werden, wie viele Menschen tatsächlich noch in Haft sind. Offizielle Angaben gibt es dazu nicht.

Menschenrechtsorganisationen
gehen aber immer noch von 40
bis 60.000 Menschen
aus, die wegen politischen Gründen
noch in Haft sind.

Und das relativiert natürlich diese Entlassungen
und auch die Tatsache, dass während dieser Zeit
als die Regierung 1.000 Leute entlassen hat,
noch viel mehr Leute aus
politischen Gründen in Haft gestellt hat.

Dennoch ist in den letzten
Wochen jetzt einiges in Bewegung gekommen,
neben der nationale Dialog
mit Teilen der Opposition und
nun auch Begnadigungen.

Warum gerade jetzt?

Ja, Druck ist das Hauptwort.

Einerseits Druck von außen und auch Druck
von innen, denn Ägypten
befindet sich in einer sehr, sehr schweren
Wirtschaftskrise. Die Währung hat
über die Hälfte des Wertes verloren.

Die Lebensmittelpreise sind in die Höhe geschnellt
und die Regierung ist dringend auf Geld
angewiesen und da sind sie die
natürlichen Geldgeber, einerseits der
internationale Währungsfonds,
der aber klar Bedingungen macht
an wirtschaftliche Reformen, an politische
Reformen, eben im Umgang
mit kritischen Stimmen.

Da sind auf der anderen Seite aber auch die
Golfstaaten, die sich weit aus
weniger freizügig geben
als auch schon die klar
Bedingungen fordern.

Und da kommt auch Druck von innen, denn
nächstes Jahr stehen Wahlen an
und da könnte natürlich die Opposition
jetzt mit der ganzen Wirtschaftskrise,
mit der ganzen misslichen Lage
in Ägypten natürlich punkten.

Präsident Assisi steht also von allen
Seiten unter Druck von außen wie von

innen. Reicht da ein nationaler Dialog und ein paar Begnadigungen, um die Lage zu entspannen? Ja, das ist natürlich fraglich. Assisi versucht durch diesen nationalen Dialog einerseits den Westen, andererseits die Opposition etwas zu besänftigen. Aber es ist klar, die Wirtschaftskrise wird er natürlich mit dieser Freilassung nicht bekämpfen können, nicht in Griff bekommen können. Insofern reichen wird es sicherlich nicht. Die Frage ist, kann er mit diesen kleinen, aber dennoch bemerkenswerten Eingeständnissen den aktuellen Status, den Status quo, also sein Regime, weiterhalten bis zu den nächsten Wahlen? Ja, das ist klar. Nach Frankreich, dort haben die Unruhen und Ausschreitungen in den Juni Schäden von über 650 Milliarden Euro angerichtet. Am stärksten betroffen waren rund 500 Gemeinden der sogenannten Banlieues, den Vorstädten von Paris und vielen anderen größeren Städten Frankreichs. Zum Beispiel wurden hunderte von öffentlichen Gebäuden schwer beschädigt oder ganz zerstört. Das macht sich die Politik daran, diese Schäden zu beheben. Das Parlament in Paris hat so eben ein Gesetz beschlossen, das den Wiederaufbau erleichtern und beschleunigen soll. Frankreich-Korrespondent Daniel Voll. Die Regierung will den Wiederaufbau zügig vorwärts bringen. Sie will die administrativen Hürden senken, die arbeiten für den

Wiederaufbau von beschädigten Gebäuden.

Seines Gemeindehäuser, Schulen
oder Postgebäude müssen nicht
ausgeschrieben werden, wie dies die
Regeln der Europäischen Union sonst
verlangen. Weiter will der Staat die
Gemeinden bei der Finanzierung
unterstützen und in besonderen Fällen
bis zu 100% der Kosten übernehmen.

Frankreichs Regierung
signalisiert damit, dass sie die
Betroffenengemeinden nicht
allein lassen will. Aber es dürfen
nicht die einzige Antwort bleiben,
sagt Riss Etasawi, Vizepräsident
des Verbandes der Stadtpräsidentin
und Präsidenten aus den Vorstädten
Frankreichs.

Das Gesetz werde den Gemeinden erlauben,
die Schäden an öffentlichen Gebäuden,
die Gemeindehäusern, Schulen
oder Bibliotheken schnell zu reparieren.

Aber langfristig
müsste der Staat auch lernen aus den
Bereignissen ziehen, wie er die
Strukturen in den Betroffenen
Quartiere und Vorstädten verbessern
könne, damit sich ein solcher Gewalt
Ausbruch nicht wiederhole.

Das Thema beschäftigt Frankreich seit
Jahrzehnten. In den vergangenen 50
Jahren haben die Regierungen
unterschiedlichster politischer
Ausrichtung 15 Programme entwickelt,
wie Frankreichs Sozial gerechter
ist. Dies hat die linksliberale Zeitung
im Mond kürzlich vorgerechnet.

Am Willen, Etas to Verbessern,
fehlte es demnach nicht.

Der jüngste Anlauf stammt
aus den Anfängen der Präsidentschaft
Macron. Er gab damals
dem ehemaligen Arbeits- und Umweltminister
Joliet Bourlou einen umfassenden

Bericht seiner neuen Stadtentwicklungspolitik
in Auftrag. Dieser
hatte ein solches Entwicklungsprogramm
bereits zehn Jahre vorher
unter Präsident Jacques Chirac durchgeführt.
Bourlou im Fall Macron
unter anderem für alle betroffenen Quartiere
einzelne Verbesserungspläne
zu entwickeln. Doch President Macron
winkte ab, er wolle keinen neuen
Blanc-Bonlieu.
Tris Etasau hat damals
ein Bourlou-Bericht mitgearbeitet.
Dieser biegt ja auch heute
Erklärungen für aktuelle Entwicklung.
Zum Beispiel für den Zusammenhang
zwischen Rassismus und Gewalt.
Die Unruhen im Juni waren ausgebrochen,
nachdem ein Polizist einen
17-jährigen Jugendlichen
bei einer Verkehrskontrolle erschossen hatte.
Rassismus und Diskriminierung
gehörten für viele Jugendlichen
und junge Erwachsenen zu den alltäglichen Erfahrungen,
auch wenn sie nicht systematisch sein.
Oft entlart sich die Frustration
in Gewalt, auch wenn er dies verurteilt.
Als Politiker
müsse er diese Herausforderung annehmen
und Antworten suchen.
Rassismus sei der gefährlichste
Beschleuniger für Gewalt.
Für die Einheit des Landes
gebe es nichts Schlimmeres, als das Gefühl,
dass es ein Frankreich
der zwei Geschwindigkeiten gebe.
Für die Vereinigung der Gemeindepräsidenten
von Städten und Bonlieu sei darum klar,
dass es ein solches Arbeitsprogramm
braucht, damit sich die Geschwindigkeiten
in Frankreich wieder angleichen.
Es brauche Maßnahmen
zu erreichen der öffentlichen Politik.
Transport, Wohnbau, Bildung, Kultur,

Sport und Sicherheit.
Es brauche mehr Mittel
und das Versprechen, Gleichheit,
müssen für alle gelten.
Im September steht das Thema Bonlieu
wieder auf der Traktantenliste der Regierung
und die Politikerinnen und Politiker
aus den Städten und Bonlieu
wollen sich dabei nicht weiter vertrösten lassen.
In die Schweiz.
In den Ermittlungen
rund um die sogenannten
Corona Leaks
steht ein wichtiger Gerichtsentscheid
an. Werden die Meils
des ehemaligen Informationschefs
von Bundesrat Anne Bächse
entziegelt oder nicht?
Können die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft
über den mutmaßlichen
geheimen Austausch
zwischen dem Innendepartement
und dem Verlagshaus Ringe
während der Pandemie also weitergehen
oder nicht?
Interessante Fragen, auf die die Öffentlichkeit
jedoch keine offiziellen Antworten
erhalten wird.
Gerichtskorrespondentin
Sibila Bandolfi über die Hintergründe.
Während der Corona-Pandemie
soll es zu intensiven Kontakten
zwischen dem Innendepartement
von Anne Bärsee
sein.
Konkret steht der noch nicht bestätigte
Verdacht im Raum.
Bärsee ist damaliger Kommunikationschef Peter Launer
könnte die Zeitung Blick
mit vertraulichen Informationen zur
Corona-Politik versorgt haben
im Austausch
für eine wohlwollende Berichterstattung.
Diese Vorwürfe untersucht derzeit

die Bundesanwaltschaft.
Allerdings sind die Nachrichten von Peter Launer
momentan versiegelt.
Das Berner Zwangsmaßnahmengericht muss entscheiden,
ob das Material bei den Ermittlungen
verwendet werden darf oder nicht.
Es ist nämlich umstritten, ob der Staat
auf zulässige Weise an das Material
gekommen ist.
Doch die Öffentlichkeit wird von den
brisanten Entscheid nichts erfahren.
Urteile von Zwangsmaßnahmengerichten
sind in fast allen Kantonen geheim.
Einer, der sich mit der Geheimnis-
Krämerei an Zwangsmaßnahmengerichten
befasst hat, ist Rechtsanwalt
Victor Giorfi
von der Digitalen Gesellschaft.
Ein Verein, der sich unter anderem
für Meinungs- und Informationsfreiheit einsetzt.
Giorfi findet es problematisch,
dass der Entscheid über die
Entziegelung geheim bleibt.
Dieses Verfahren ist von großem
öffentlichen Interesse
und insbesondere auch was ein
Zwangsmaßnahmengericht im Verlauf
dieses Verfahrens entscheidet.
Denn der Entscheid des Zwangsmaßnahmengerichts
habe auf mehrere Verfahren
große Auswirkungen.
Konkret, nur wenn entziegelt wird
kann die Bundesanwaltschaft
weiter über die Corona-Leaks ermitteln.
Laut Giorfi ist die mangelnde
Transparenz an Zwangsmaßnahmengerichten
aber über den Einzelfall
lauer nach hinaus problematisch.
Zwangsmaßnahmengerichte entscheiden
in einem besonders sensiblen Bereich
sie ordnen Haft an
oder Überwachungen
oder sie sperren Konten.
Es ist sehr problematisch,

dass keine Justizöffentlichkeit besteht
bei den Entscheiden
der Zwangsmaßnahmengerichten.
Sagt der Anwalt von der digitalen Gesellschaft.
In der Bundesverfassung steht
eigentlich, Gerichtsverhandlungen
und Urteilsverkündungen
sind öffentlich.
Aber das Gesetz kann Ausnahmen vorsehen.
Laut Giorfi
ist noch nicht abschließend geklärt
wie die Bundesverfassung in Bezug
auf Zwangsmaßnahmengerichte
zu verstehen ist.
Die digitale Gesellschaft ist der Meinung,
dass die Urteile öffentlich sein sollten.
Anders das Berner Zwangsmaßnahmengericht
es teilt auf Anfrage mit
es könne keine Auskunft erteilen
die Verfahren vor den Zwangsmaßnahmengerichten
seien gemäß Strafprozessordnung
nicht öffentlich.
Das Gericht will nicht einmal verraten
ob bereits entschieden wurde oder nicht.
Der Entscheid über die Entziegelung bleibt also geheim.
Vielleicht erfährt die Öffentlichkeit
aber auch auf anderem Weg davon.
Peter Launa selbst
dürfte das Urteil nämlich öffentlich machen.
Aber dies Vorhat ist offen.
Weder er noch sein Anwalt
waren für eine Stellungnahme erreichbar.
Ganz geheim halten kann das Zwangsmaßnahmengericht
seinen Entscheid allerdings nicht.
Früher oder später wird sich die
Öffentlichkeit zumindest indirekt
doch noch zusammenreimen können
ob das Gericht entziegelt hat
oder nicht. Dann nämlich
wenn die Bundesanwaltschaft das Verfahren
über die Corona-Leaks einstellt
oder aber Anklage erhebt.
Sie will aber ein Dolfi.
Rauchen verboten

dieses gilt im Kanton Genf
seit Anfang Juni auch an
Bushaltestellen oder zum Beispiel auch
auf Pausen und Spielplätzen.
Wie der Tagesanzeige berichtet
werden entsprechende Verbote
nun auch in weiteren
Westschweizer Kantonen diskutiert.
Einige Städte und Gemeinden
verbieten schon heute das Rauchen
etwa auf Spielplätzen.
Machen strengere Regeln gegen das Rauchen
in der Öffentlichkeit Sinn
und ist die Schweiz
möglichst wenigen Raucherinnen
und Rauchern erstrebenswert.
Inlandredaktorin Livia Middendorp
ist der Frage nachgegangen.
Eine Bushaltestelle an der frischen Luft
die Menschen stehen eng zusammen.
Einige Rauchen eine Zigarette
auch hier sei passiv
Rauchen ein Problem,
sagt Isabelle Sudano
leitende Ärztin in der Kardiologie
des Unispitals Zürich
und dort zuständig
für die Raucherberatung.
Einige Raucherinnen oder Außenraum
sei gar nicht so entscheidend.
Klar, die Substanzen
erreichen ihnen da
hohe Konzentration
aber in was nicht fünf Minuten
am Alter stellen,
nehmen sie auch zu sich Chemikale
die eigentlich in ihren Lungen
oder Ärztkreislaufsysteme nicht zu suchen haben.
Entscheidender sei die Frage
wie häufig und wie lange
jemand Zigarettenrauch ausgesetzt sei
und wie viele rauchende
Personen gleichzeitig anwesend seien.
Untersuchungen aus anderen Ländern

hätten klar gezeigt,
solche Rauchverbote auch im Freien
haben eine Auswirkung
auf die Gesundheit der Menschen.
Viele Länder setzen daher
auf weitergehende Verbote
als die Schweiz, die EU
und andere Länder
haben es sich offiziell zum Ziel gesetzt
Rauchfrei zu werden.
Das heißt konkrete Anteil
der Raucherinnen und Raucher soll unter fünf Prozent
sinken.
In der Schweiz liegt der Raucheranteil
zwischen 25 und 30 Prozent.
Ein offizielles Ziel
Rauchfrei zu werden hat die Schweiz nicht.
Wäre das für die Schweiz
nicht auch erstrebenswert
oder was spricht
gegen dieses Ziel,
als Land möglichst rauchfrei zu werden.
Der Psychoanalytiker
und Philosoph Peter Schneider
selber rauchen gibt
zu, dass ein solches Ziel
gesundheitlich in Aspekten sinnvoll sei.
Aber man muss eben
auch aufpassen, dass man nicht
das Rauchen, was ja doch eine lange
Kulturgeschichte eben hat,
dass man das nicht zusächtigmatisiert.
Denn
eine zu starke Regulierung
würden die Menschen nicht agoutieren.
Peter Schneider bezweifelt
daher, dass eine
rauchfreie Schweiz ein erstrebenswertes
Ziel sei. Er glaubt es,
braucht eine gewisse Toleranz.
Gegenüber, sagen wir mal,
Spezialinteressen
oder Eigenheit von
anderen Menschen, die auch manchmal

störend sein können,
solange sie nicht grob gesundheitsschädlich
sind für die anderen.

Dazu kommen ein Teufels,
Kreisstörungen, jeglicher Art,
lautes Reden, Rauchen,
andere Gerüche gehören
zum öffentlichen Raum.

Wenn man sie verbietet, singt
dafür die Störungstoleranz.

Und da beißt sich die Katze
manchmal in den Schwanz.

Also je mehr man versucht,
Störungen zu eliminieren,
desto empfindlicher
wird man auch gegenüber Störungen.

Für unser Zusammenleben
sei es also nicht immer förderlich,
alle Störungen aus dem öffentlichen
Raum möglichst zu verbannen.

Die Diskussion um mehr Verbote
für Raucherinnen und Raucher,
nicht nur gesundheitliche Fragen
spielen, also eine Rolle, sondern
die Frage, wie stark der öffentliche
Raum reguliert werden soll.

Das war der 6. Zeit am Donnerstag
dem 20. Juli
mit Redaktionsschluss um
18.34 Uhr.

Verantwortlich für die heutige Sendung
ist Damjan Rast für die Nachrichten.

Michael Wettstein, mein Name

Matthias Kündig.

SWR 2020